

dieser Mittelstadtebene gibt, die eigentlich tragfähig für die Zukunft sind. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank Herr Professor Maier. Ich darf jetzt Herrn Dr. Schmachtenberg bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Vielen Dank vor allem für die Einladung, hier sprechen zu dürfen und einige Thesen, zu dem ja sehr breiten Thema „Erfolge und Probleme im Transformationsprozeß in Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich eines Ausblicks“ vorzutragen. Dabei haben Sie einige Fragen mit auf den Weg gegeben, die man bei der Ausarbeitung dieser Thesen berücksichtigen möge. Dabei fiel mir auf, daß ein großer Teil dieser Fragen sich noch einmal mit den Ausgangsbedingungen befaßte.

Ich denke, es ist sicherlich klar, daß die Ausgangsbedingungen, wie sie die Planwirtschaft gegeben hat, nicht die optimalen für den Aufbau der Wirtschaft waren. Ich glaube aber auch, daß die Entwicklung sicherlich auch inzwischen sehr stark durch Entscheidungen geprägt ist, die nach 1989 getroffen wurden.

Meines Erachtens sollte man in solch einer Bilanz auf alle Fälle einige Erfolge hervorheben, bevor man sich dann den Problemen zuwendet.

Die Erfolge, die in der Einkommenssituation erzielt wurden oder auch der Erfolg, daß der Transformationsprozeß bislang im sozialen Frieden ablief, sind meiner Meinung nach sehr wesentlich und stark herauszuheben. Wir sollten auch nicht verschweigen, daß die Quote der Arbeitsplätze je Einwohner in den neuen Bundesländern nicht geringer ist, als in den alten Bundesländern. Wir sollten auch nicht verschweigen, daß Enormes beim Aufbau einer modernen Infrastruktur (Telekommunikation, Fernstraßen, Schnellzugverbindungen, Strom- und Erdgasversorgung) geleistet wurde und noch geleistet wird, und wir sollten auch nicht verschweigen, daß der Übergang hier sehr viel geordneter verlief als in den meisten G.U.S.-Ländern. Ich glaube, daß dafür auch sehr viele Bürger dankbar sind.

Aber es gibt eben auch eine Reihe von Problemen und an erster Stelle steht sicherlich die extrem hohe Arbeitslosenquote, die auch auf einem sehr hohen Niveau in diesem Jahr bleiben wird, und die, wie jetzt gerade eben deutlich wurde, regional differenziert zu sehen ist. Da gibt es Lichtpunkte wie Dresden und Potsdam und daneben, oft schon ganz dicht dabei, große Schatten und wenig Bewegung. Zu beachten ist weiterhin die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen wie z. B. Frauen ab 50 Jahren, die faktisch keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt haben und möglicherweise, wenn sie alleinstehend sind, eine relativ geringe Altersversorgung vor sich haben.

Ein weiterer Problembereich resultiert aus dem extremen Rückgang der Geburtenquote. Sicherlich kann sich diese jetzt wieder an das westdeutsche Niveau anpassen, aber das niedrige westdeutsche Niveau ist aus meiner Sicht auch nicht gerade ein sehr positives Kennzeichen unserer Gesellschaft.

Ein weiteres Problem, was aus meiner Sicht auch ein großes Problem darstellt, ist die geringe Vermögensbildung in Ostdeutschland (die Geldvermögen je Einwohner liegen bei 20 % des Westniveaus). Denn, wer nur über geringe Vermögen verfügt, hat von daher auch schlechtere Startchancen, um Kredite aufzunehmen und um Unternehmen zu gründen. Wir vergleichen immer die Lohnniveaus, die liegen mit 70-90 % schon relativ hoch. Diese führen sogar dazu, daß die Lohnstückkosten hier im Durchschnitt höher sind, als in Westdeutschland. Die Vermögenssituation, die ja auch wichtig ist als Ausgangspunkt für eigenes wirtschaftliches Handeln, ist jedoch deutlich schlechter.

Wir haben deswegen insgesamt in der jetzigen Situation nach wie vor eine ungeheuer hohe Transferabhängigkeit der ostdeutschen Länder. Die Grundlagen für einen eigenen, sich selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung sind sicherlich noch nicht gelegt, das wird ja auch daran deutlich, wie stark hier das Wirtschaftswachstum bisher von der Bautätigkeit geprägt wurde. Wenn im Bau, sei es auch nur durch einen kalten Winter, Schwierigkeiten auftreten, dann schlagen sie sich sofort in der gesamten Wirtschaft nieder. Mit dem Auslaufen der Förderbedingungen wird das sich auch bestätigen.

Der Anteil der neuen Bundesländer am Export ist extrem gering. Dies ist auch insofern ein großes Problem, weil die Integration der neuen Bundesländer in Europa noch lange nicht vollzogen ist. Gerade das große Problem des Umgangs mit ausländischen Arbeitnehmern, mit ausländischen Kollegen z. B. auf den Baustellen rund um Berlin, ist auch davon geprägt, daß Ostdeutsche keine positiven Auslandserfahrungen haben. Während es für Westdeutsche klar ist, daß die westdeutsche Wirtschaft als exportorientierte Wirtschaft davon abhängt, viele Waren ins Ausland verkaufen zu können, gilt das eben für die ostdeutsche Wirtschaft nicht.

Sehr schwerwiegend – auch als Ausgangsbedingungen für den weiteren Ausblick – ist der fast vollständige Verlust wirtschaftlicher Kompetenz in dem Sinne, daß es so gut wie keine bedeutenden Zentralen von Wirtschaftsunternehmen in Ostdeutschland gibt, so daß also alle wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen nicht in Ostdeutschland getroffen werden.

Ebenso haben wir einen extremen Abbau der technologischen Kompetenz zu verzeichnen. Die meisten Betriebe sind sehr kleine Betriebe. In Brandenburg z. B. sind 88 % aller Unternehmen Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten. In ihnen spielt faktisch Forschung und Entwicklung keine Rolle. Nach eigenen Angaben sagen 88 % unserer Unternehmen bei Forschung und Entwicklung – Fehlanzeige. Sie sind unter der kritischen Größe, wo das überhaupt ein Thema ist. Aber auch die großen Betriebe, die wir noch haben, sind oft Zweigbetriebe viel größerer Unternehmenszusammenhänge und verfügen daher auch über keine eigene Kompetenz im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Dies erschwert den Forschungstransfer. Auch wenn wir z. B. in Berlin und in Brandenburg einiges im Aufbau der Universitäten versuchen, der Technologietransfer scheitert dann oft daran, daß es gar nicht die Unternehmen gibt, die in der Lage wären, dies umzusetzen. Die Brandenburgische Technische

Universität Cottbus ist durchaus im Moment recht erfolgreich im Geschäft der Forschung für Dritte, aber fast ausschließlich für westdeutsche Unternehmen. Das mag nun sicherlich auch ein Ausdruck der Berufungspolitik sein. Sicherlich hat der eine oder andere, der dort Berufenen auch aus Westdeutschland entsprechende Kontakte mitgebracht, zweifelsohne. Aber das ist nur der eine Teil. Der andere Teil ist: Er findet die geeigneten Partner für Forschungsvorhaben eben in Westdeutschland und nicht in den neuen Bundesländern.

Dann haben wir sicherlich auch einen für die Menschen häufig schmerzhaft empfundenen Kompetenzverlust, letztlich aufgrund der Übernahme des westdeutschen Rechtssystems. Das führte doch unmittelbar dazu, daß die westdeutschen Eliten nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politischen und administrativen Bereich dominieren.

Weitere Fehlallokationen sind aus meiner Sicht darauf zurückzuführen, daß wir Formen der Förderung durch steuerliche Abschreibung genutzt haben, wie sie in Westdeutschland bewährt waren, die aber dazu geführt haben, z. B. Gewerbezentren in einer ungeheuren Masse zu produzieren. Die Folge der wenig zielgenauen Abschreibungsförderungen ist, daß uns jetzt die Steuereinnahmen an anderer Stelle fehlen.

Insgesamt ist auch ein Problem, daß die Finanzierung dieser Transferleistungen bei einem Großteil über die Sozialversicherung vollzogen wird und damit die Finanzierung einigungsbedingter Aufgaben überproportional sozialversicherungspflichtige Abhängige belastet, das wiederum allein innerhalb Westdeutschlands auch zu einer Umschichtung in den Einkommen geführt hat, die dazu führt, daß die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hier prozentual mehr von ihrem Einkommen aufbringen für die Transferleistungen als Beamte und Selbständige.

Für mich ein ganz gravierendes Problem, auch in der täglichen Beobachtung, was aus diesen hier aufgelisteten Dingen folgen mag: Ich spüre zunehmend eine geringere Akzeptanz für die Parteiendemokratie. Die Verdrossenheit gegenüber dem Engagement in Parteien und damit dem Mitwirken an diesem Transformationsprozeß, der ja noch lange nicht abgeschlossen ist, nimmt ja eher zu als ab. Ich habe den Eindruck, daß die bewährte praktische Lebensstufung der Nischengesellschaft, der DDR-Gesellschaft, wie sie einmal gekennzeichnet wurde, gerade auch wieder sehr aktiviert ist. Viele haben sich, glaube ich, wieder in ihrer Nische eingerichtet und leben in dem von Soziologen jetzt so häufig beschriebenen Paradox „mir persönlich geht es besser, aber uns geht es schlechter“. Weil in der Tat, ich habe das zu Beginn unter den Erfolgen aufgezählt, die individuelle Einkommenssituation, die Reisemöglichkeiten werden von fast allen als deutlich verbessert wahrgenommen, da gibt es gar keinen Zweifel, aber der gesamte Lebenszusammenhang wird eben als „uns geht es schlechter“ wahrgenommen, und in diesem Paradox erfolgt der Rückzug in die Nische und nicht das Engagement im Transformationsprozeß. Ich denke, viele dieser Entwicklungen sind eben auch durch politische Entscheidungen bestimmt worden, die zum Teil sicherlich der Eile, die ohne Zweifel 1990 gebo-

ten war, geschuldet sind, die man aber hätte danach revidieren können. Es ist dann heute höchste Zeit, diese Entscheidungen zu revidieren.

Einige Bemerkungen zum Ausblick, zur Zukunft: Ich denke, daß für Ostdeutschland noch lange besonderes Engagement von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik nötig sein wird. Ich glaube aber nicht, daß es gelingen wird, für Ostdeutschland noch lange einen Sonderweg in Deutschland zu gehen, sondern, daß es darum gehen muß, ostdeutsche Probleme herauszuarbeiten, die insgesamt für Gesamtdeutschland inzwischen ein Thema sind, und da steht natürlich die Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Möglicherweise können wir dann doch aus dem Transformationsprozeß Erfahrungen einbringen, die wir dann in Politik für ganz Deutschland umsetzen können. Diese verbindende Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit drückt sich ja auch darin aus, daß mittlerweile in Teilen Westdeutschlands die Arbeitslosenquote ebenfalls die 15 %-Marke erreicht hat, also insofern für Westdeutsche plötzlich Zahlen zutreffen, die sie vor ein, zwei Jahren noch als ostdeutsche, ostelbische Extrema und nicht für ihre eigene Lebenswirklichkeit als relevant angesehen haben.

Und ich denke, es gibt hierzu wichtige Vorschläge, die man diskutieren müßte, wie ein Abbau der Arbeitslosigkeit möglich ist. Hierzu hat im Auftrag des Vorstandes der BA das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit im letzten Jahr ein Gutachten vorgelegt „Wege zu mehr Beschäftigung“, das auch sehr umfassend von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik diskutiert wurde und im Prinzip in seinen Aussagen akzeptiert wurde. Dieses sieht ein Maßnahmenpaket vor, in dem vier wesentliche Aktivitäten in einer abgestimmten über mehrere Jahre sich vollziehenden Politik ergriffen werden sollten.

Zum einen eine Lohnzurückhaltung, d. h. eine Lohnsteigerung im Bereich der Inflationsrate, das ist übrigens der einzige Punkt der vier, der bereits eingehalten wird. Zum anderen eine aktive Politik der Arbeitsumverteilung durch Überstundenabbau, Arbeitszeitverkürzung und höhere Teilzeitquote, wo übrigens gerade auch für Ostdeutschland trotz niedriger Einkommen durchaus Reserven liegen. Dann eine Umschichtung in der Finanzierung der sozialen Sicherheit, indem die Lohnnebenkosten endlich von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden und hierfür eine Erhöhung indirekter Steuern eintreten. Und viertens tatsächlich auch eine langsamere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Umschichtung hin zu investiven Ausgaben.

Dieses Viererpaket beinhaltet sowohl Elemente einer angebotsorientierten Politik als auch einer nachfrageorientierten Politik und könnte wirksam werden.

Das ist faktisch nur ein Punkt der Willensbildung. Neben solchen anderen Rahmendaten brauchen wir in der Wirtschafts-, Tarif- und Steuerpolitik sowie Sozialpolitik durchaus auch eine Fortführung beschäftigungspolitischer Förderinstrumente sowohl in Ost- wie in Westdeutschland. Ich denke, daß wir hier die ganzen positiven Erfahrungen in Ostdeutschland im Bereich der Lohnkostenförderung nach § 249h AFG auch in Gesamtdeutschland einbringen kön-

nen. Hier haben wir in Ostdeutschland ein Instrument entwickelt, das es erlaubt, notwendige Arbeiten beschäftigungswirksam zu fördern und zugleich wettbewerblich zu vergeben, so daß die Durchführung in der Wirtschaft effizient erfolgt und nicht wettbewerbsverzerrend wirkt. Das heißt, hier ist ein Bereich, wo wir in Ostdeutschland im Transformationsprozeß eine neue Entwicklung angeschoben haben, und die müßten wir nun nur einbringen. Das steht für mich als eines der wesentlichen Beispiele, wie aus dem Transformationsprozeß auch für Gesamtdeutschland Dinge entwickelt werden können.

Ein weiterer Bereich, der sehr beachtlich ist, sind die Solidaritätsleistungen, die wir bei den ostdeutschen Lehrern sehen. Sicherlich aus der Not geboren, sind hier die Modelle Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen beispielhaft und sollten auch stärker in Westdeutschland wahrgenommen und möglicherweise auch berücksichtigt werden. Ansonsten wird man da auch ähnliche Probleme in einer Zeit geringer Geburten bekommen.

Also hier eine zentrale Aussage für den Ausblick: Spezifische ostdeutsche Probleme sind hier häufig nur krasser, treten aber auch in Westdeutschland auf. Für diese Probleme muß man dann in ganz Deutschland Lösungsansätze auf der Grundlage unserer Erfahrung formulieren. Das wäre mein Beitrag zum Ausblick.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen herzlichen Dank, das war ein breites Spektrum. Herr Dr. Lubk.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch ich danke für die Einladung, die gestern zu dieser Beratung an mich ergangen ist, gibt sie doch noch einmal Gelegenheit, auch aus der Kenntnis der beiden letzten Tage, einige Dinge hier darzulegen.

Ich kann nahtlos an die Ausführungen von Herrn Dr. Schmachtenberg anknüpfen, daß es zu den wesentlichen Ergebnissen des Transformationsprozesses gehört, daß in Ostdeutschland nach den Beschäftigungseinbrüchen der Jahre 1991 bis 1993 inzwischen fast das Niveau der Erwerbstätigkeit – wie es in Westdeutschland existiert – erreicht wurde.

Auch die weitgehende Wahrung des sozialen Friedens zählt zu den Ergebnissen eines erfolgreich bewältigten Transformationsprozesses.

Zuzustimmen ist der Feststellung, daß es eine abnehmende Akzeptanz der Parteiendemokratie gibt; dies scheint aber erklärbar, wenn z. B. jede der Parteien mit eigenen Befunden zu den Problemen von Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit aufwartet. Der Bürger scheint es leid zu sein, sich in diesem Gegeneinander noch zurecht zu finden.

Zu den Anmerkungen über die Eigentumsfrage erlaube ich mir den Hinweis, daß auch dies ein Beispiel sein dürfte, bei dem Sachaufklärung dringend notwendig ist. Nach den vorliegenden Analysen des Sächsischen Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen handelt es sich bei den Auseinandersetzungen häufig nicht, wie allgemein angenommen, um ein West-Ost-Problem,